

2009-02-05

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Stadtrates am 10.12.2008

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 19:50 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau
Leitung der Sitzung: Herr Dr. Exner Stadtratsvorsitzender
Herr Hoffmann 1. Stellvertreter
Frau Storz 2. Stellvertreterin

Anwesend: **Soll: 49** **Ist: 41**

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung sowie das Stimmrecht des Oberbürgermeisters wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

Es fehlten:

Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN

Giese-Rehm, Stefan
Noack, Isolde

Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM

Bönecke, Matthias
Hofmeister, Dirk Unentschuldigt

Fraktion der FDP

Bähr, Manfred
Neubert, Jürgen Dr.

Mitglied Freie Wähler

Göricke, Hagen

Mitglied DVU

Knop, Ingmar

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, eröffnete die Sitzung des Stadtrates. Aufgrund des Ablebens des Stadtrates Erhard Geier bat er die Stadträte, sich von ihren Plätzen zu erheben und hielt folgende Rede:

„Am vergangenen Samstag ist unser Stadtrat, Herr Erhard Geier, verstorben. In unserer Wahrnehmung plötzlich und unerwartet.

Noch am 18. November 2008, also gut 14 Tage vor seinem Tod, hatte Herr Erhard Geier an der Sitzung des Jugendhilfeausschusses teilgenommen und vehement für die Interessen freier Träger von Kindertagesstätten gestritten. Tatsächlich aber ist Herr Erhard Geier verstorben nach langer schwerer Krankheit. Von allem, was Erhard Geier aufgrund seiner Krankheit durchgemacht hat, sollte keiner etwas mitbekommen. Von seinen eigentlichen gesundheitlichen Problemen wollte er alle fernhalten. Er wusste um seinen bevorstehenden Tod. Trotzdem hat er gekämpft, bis zuletzt.

Bis zuletzt hat er als dessen Geschäftsführer den Behindertenverband mit seinen 6 Einrichtungen geleitet. Er hat sich eingesetzt für die integrative Betreuung und Gleichstellung von behinderten und nicht behinderten Kindern. Er hat in den Einrichtungen, die er geleitet hat, gelebt. Er ist ein Teil von ihnen gewesen, sie sind ein Teil von ihm geworden. All diese Erfahrungen und sein Engagement hat Erhard Geier als Stadtrat parteilos, jedoch Mitglied der Fraktion Die Linke, seit 1999 in die politische Diskussion eingebracht, insbesondere in seiner Funktion als Mitglied des Jugendhilfeausschusses, im Unterausschuss Jugendhilfeplanung, auch im Krankenhausausschuss. Er hat gekämpft für Kindertagesstätten in einer freien Trägerschaft, für eine Pluralität im Angebot. Vielfalt war ihm wichtig. Kindertagesstätten unter städtischer Verwaltung hat er abgelehnt.

Erhard Geier, er war für alle da, in seiner Art eher etwas trocken, stets ehrlich und direkt. Er zeichnete sich aus durch fachliche Versiertheit. Er war bei all seinem Wirken ein verlässlicher Partner und bei allen, die mit ihm zusammen gearbeitet haben, sehr geachtet. Er hat gekämpft für seine Ziele, sich nie versteckt. Herr Erhard Geier war ein respektvoller Mann. Von Anfang an war er Mitglied des Jugendhilfeausschusses. Es war sein großes Thema seines politischen Engagements.

Sein Tod reißt eine Lücke in seiner Familie, im Behindertenverband und hier im Stadtrat. Der Familie darf ich im Namen aller Stadträtinnen und Stadträte, auch im Namen der Verwaltung, unser tiefes Mitgefühl und unsere aufrichtige Anteilnahme aussprechen.“

Es wurde eine Gedenkminute eingelegt. Anschließend bestand die Möglichkeit, sich im Kondolenzbuch einzutragen.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, stellte nunmehr die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit (38 Stadträte und der Oberbürgermeister) des Gremiums fest.

Weiterhin verwies Herr Dr. Exner auf die Niederlegung des Stadtratmandates seitens Herrn Brumme. An seine Stelle in der **CDU-Fraktion** tritt **Herr Jörn von der Heydt**,

welcher die **Verpflichtungserklärung** zur Erfüllung der Amtspflichten als Ratsmitglied entsprechend § 51, Abs. 2 der Gemeindeordnung abgab.

2. **Genehmigung der Niederschriften vom 01.10. und 22.10.2008**

Die Niederschrift vom 01.10.2008 wurde bei 2 Enthaltungen genehmigt.

Die Niederschrift vom 22.10.2008 wurde bei 3 Enthaltungen genehmigt.

3. **Beschlussfassung der Tagesordnung**

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, gab bekannt, dass die Tagesordnungspunkte 8.1 und 8.2 sowie 8.18 seitens des Einreichers zurückgezogen wurden, so dass diese heute nicht zur Verhandlung stehen.

Herr Pohl, CDU-Fraktion, beantragte, den TOP 8.25 aufgrund des erforderlichen Klärungs- und Prüfungsbedarfes von der Tagesordnung abzusetzen.

Dieser Antrag wurde seitens des **Oberbürgermeisters** unterstützt, da sich die Verwaltung mit diesem Anliegen bereits beschäftigt. Allerdings brauche man noch etwas Zeit, um im Haupt- und Personalausschuss eine Informationsvorlage vorlegen zu können.

Herr Dr. Plettner, FDP-Fraktion, bat die Punkte 8.11 und 8.12 zu tauschen.

Herr Tonndorf, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM, stellte den Antrag auf Absetzung des Tagesordnungspunktes 8.9, da die Seite 4 der Vorlage fehlt. Man wolle für die Stadtratssitzungen ordentlich vorbereitete Vorlagen haben. So verwundere es auch, dass in der Beschlussvorlage Nr. 419, welche die Wilhelm-Feuerherdt-Straße in Dessau-Waldersee betrifft, ein Lageplan vom Kristallpalast zu finden ist.

Herr Pätzold, Fraktion Die Linke, bat darum, den Tagesordnungspunkt 8.17 (Eintrittspreise Meisterhäuser) von der Tagesordnung zu streichen, da im zuständigen Ausschuss entschieden wurde, die Eintrittspreise ab 1.10.2010 zu erhöhen, weshalb heute keine Notwendigkeit gesehen werde, diese Vorlage heute zu beschließen, sondern vielmehr sollte sie in der Haushaltsplanung 2010 mit auf die Tagesordnung genommen werden, d. h. Ende 2009 Anfang 2010.

Er bitte um Beibehaltung dieses Tagesordnungspunktes, entgegnete **Oberbürgermeister Koschig**. Die Vorlage ist Bestandteil des Haushaltskonsolidierungskonzeptes und wird für einen genehmigungsfähigen Haushalt benötigt.

Als Einreicherin der Vorlage zum TOP 8.25 stellte **Frau Lohde, CDU-Fraktion**, an den Leiter des Rechtsamtes, Herrn Westhagemann, die Frage ob ihr das Recht genommen werden könne, eine Einzelvorlage in den Stadtrat einzubringen und auf die Tagesordnung setzen zu lassen. Sie bitte ansonsten darum, die Vorlage auf der Tagesordnung zu belassen. Zur Thematik gibt es eine Stellungnahme von Herrn Westhagemann vom 16.06.2008, sie sei der Auffassung, ein halbes Jahr reiche für die Prüfung.

Zu der nicht vollständigen bzw. nicht richtigen Beschlussvorlagen erklärte **Bürgermeister Gröger**, bei dem vertauschten Plan müsse es sich um einen Einzelfall handeln, da in seinen Unterlagen sich genau der Plan befinde, der auch das Areal in Waldersee be-

trifft. Die fehlende Seite zur Vorlage im TOP 8.9 könne sie sich nicht erklären, merkte **Frau Nußbeck, Beigeordnete für Haushalt und Finanzen**, an. Da es sich anscheinend um einen Kopierfehler handele, ziehe sie diese Vorlage zurück.

Da die Vorlage durch alle Ausschüsse gegangen sei und es also Stadträte geben müsse, die ein vollständiges Exemplar haben, äußerte **Oberbürgermeister Koschig** den Wunsch, heute über die Vorlage trotzdem zu befinden.

Ob es möglich sei, die fehlende Seite heute noch zu ergänzen, fragte **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates** nach, worauf **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, seine Bedenken äußerte. Die Geschäftsordnung verlange die Zusendung form- und fristgemäß, d.h. vollinhaltlich in Text und Ausführung. Der Beschluss werde anfechtbar, sofern einer der Stadträte diese Sache moniert, was in diesem Fall passiert sei.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Dr. Exner**, hielt fest,

- dass der Tagesordnungspunkt **8.9** vom Einreicher **zurückgezogen** wird. Insoweit erübrige sich der Änderungsantrag von Herrn Tonndorf.
- Der Antrag zur Streichung des Tagesordnungspunktes 8.17 wurde mehrheitlich (11:20:06) **abgelehnt**.
- Der Antrag auf **Tausch der Tagesordnungspunkte 8.11 und 8.12** wurde einstimmig **angenommen** (37:00:00).
- Der Antrag **zur Streichung** des Tagesordnungspunktes **8.25** wurde mehrheitlich **angenommen** (31:02:04).

Bezüglich der Anfrage von Frau Lohde erklärte **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**, jeder Stadtrat und jede Fraktion habe die Möglichkeit, eine Beschlussvorlage auf die Tagesordnung setzen zu lassen. Es sei eine Frage der Mehrheit und der Beschlussfassung des Stadtrates, ob diese tatsächlich verhandelt und zur Beschlussfassung gebracht wird.

Die Tagesordnung wurde in **geänderter Form** mehrheitlich **bestätigt** (33:01:03).

4. Berichte des Oberbürgermeisters

4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Oberbürgermeister Koschig erinnerte an die vergangenen Tage, in den die Stadt Dessau-Roßlau leider stark im Focus des öffentlichen, weltweiten Interesses rückte. Der sehr lang andauernde Prozess Oury Jalloh wurde am Montag beendet. Der Tod des 23jährigen Flüchtlings im Polizeigewahrsam erschütterte uns alle und hinterließ Fragen. In einer Erklärung vom Januar 2007 drängte der Stadtrat auf eine vollständige, gerichtliche Aufarbeitung der Hintergründe des mysteriösen Todes. Am vergangenen Montag ist nun ein Urteil ergangen, welches wir nur akzeptieren können, die Unabhängigkeit deutscher Gerichte gebietet das. Wir nehmen auch die mahnende und deutliche Begründung des Urteils sehr ernst. Leider hat der Prozess den Fall nicht aufklären können und so wird uns der Fall Oury Jalloh sicherlich noch lange beschäftigen.

Der grausame Tod darf nicht umsonst gewesen sein, es gebe eine Vielzahl von Initiativen, die in der Zwischenzeit in unserer Stadt entstanden, um solche Vorgänge künftig unmöglich zu machen. Für uns bleibt es dabei, uns nicht zum Spielball der Extreme

machen zu lassen. Für unsere Stadt gibt es nur die Zukunft als friedliche und tolerante Stadt im Herzen Europas.

Herr Koschig lud die Vertreter aller Fraktionen ein, gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Vertretern unserer Stadt, der Kirchen und der Jüdischen Gemeinde am 15. Dezember zu beraten, wie wir am 7. Januar 2009 dem 4. Todestag von Oury Jalloh, gemeinsam gedenken können, aber auch gemeinsam nach vorn zu sehen in eine hoffentlich demokratische und tolerante Zukunft unserer Stadt.

Ebenfalls im öffentlichen Gespräch sei man momentan aufgrund der RTL-Sendung „Die Super Nanny“. Nur durch die Mitwirkung der Medien wurde die Kindeswohlgefährdung bei der Mutter in dem bekannten Ausmaß offenbar. Das Jugendamt ist seit März 2007 mit dem Fall betraut und habe die Familie kontinuierlich betreut. Durch die Tätigkeit von „Super Nanny“, die ja von der Mutter angerufen wurde, war es unserem Jugendamt möglich, weitere Maßnahmen einzuleiten, die ohne diese Kenntnisse in der Form, nicht möglich gewesen wären. So konnte dann durch das Zusammenwirken von Frau Saalfrank und dem Jugendamt Justin in einer Pflegefamilie untergebracht werden. Justin geht es in der Pflegefamilie sehr gut. Solange die Mutter entsprechend mitwirkt, braucht der Status quo nicht verändert werden. Sofern das nicht mehr der Fall ist, die Mutter also die Rückgabe des Kindes begehrt, wird eine familiengerichtliche Entscheidung durch das Jugendamt eingeholt. Für die beiden bei der Mutter verbliebenen Kinder, wird eine sozialpädagogische Familienhilfe gewährt, die u. a. auch einen Kontrollauftrag zum Ausschluss einer möglichen Kindeswohlgefährdung hat. Sofern eine solche Gefährdung anzunehmen ist, wird das Jugendamt alle erforderlichen Maßnahmen unternehmen. Heute Abend wird im RTL-Fernsehen der Vorgang abschließend noch einmal gewürdigt und bewertet. Dazu ist ein Mitarbeiter unseres Jugendamtes zusammen mit dem Pressesprecher nach Köln unterwegs.

Heute findet eine angemeldete Demonstration des Frauenzentrums und aller Freunde unseres Frauenzentrums vor dem Rathaus statt. Er ist dem Hausherrn, Herrn Dr. Exner, außerordentlich dankbar, zu gestatten, dass die Demonstration hier im Hause stattfindet. Neben dem Frauenzentrum ist auch die Beratungsstelle Wildwasser e.V. betroffen. Beim Verein Wildwasser werden Kinder, Jugendliche und Frauen, die Opfer sexueller Gewalt geworden sind, psychologisch und sozial betreut. Die derzeitige Haushaltssperre gefährdet mittlerweile Angebote, die sich an die Schwächsten unserer Stadt richten. Wir haben im Haushaltsansatz Mittel eingestellt. Er denke, dass wir uns im Rahmen der Diskussion des Haushaltes intensiver mit den Angelegenheiten beschäftigen und auch entsprechende Deckungsvorschläge erarbeiten sollten.

Wichtig in allen Fällen zur Sicherung des gesellschaftlichen Lebens, des sozialen, kulturellen, sportlichen, wirtschaftlichen Lebens in unserer Stadt, der Stadtentwicklung insgesamt, ist ein genehmigungsfähiger Haushalt, zu dem auch ein komplettes Haushaltskonsolidierungskonzept gehört. Vor diesem Hintergrund sei OB Koschig dankbar, dass eben diese Vorlage zu den Meisterhäusern auf der Tagesordnung ist, denn nur wenn das Haushaltskonsolidierungskonzept komplett ist und wir einen Haushalt genehmigt bekommen können, können wir auch in dem gewünschten Maße unser Frauenzentrum, wie auch alle anderen wünschenswerten sozialen und kulturellen Einrichtungen fördern. Mittlerweile stehe sogar die Theaterförderung in Frage. Das Kultusministerium erwarte vor Abschluss der Theaterverträge, die wir hier gebilligt haben, eine Zustimmung der Kommunalaufsicht. Die Kommunalaufsicht werde uns diese Zustimmung nur erteilen,

wenn wir ein vollständiges Haushaltskonsolidierungskonzept für den gesamten Zeitraum vorlegen.

Nach der Jurysitzung am 8. Dezember 2008 stehen nun die Preisträger für die Verleihung des Unternehmerpreises Dessau-Roßlau 2008 fest, der am 16. Januar 2009 im Rahmen des Neujahrsempfanges unserer Wirtschaft überreicht wird.

Ein rumänischer Investor hat inzwischen die Fahrzeugtechnik, ehemals Waggonbau, übernommen und möchte sich nun auch in unserer Stadt sozial engagieren. Anfang Januar werde er, Herr Koschig, den Generaldirektor Constantin-Dan Stoicescu besuchen. Er dankte den Insolvenzverwalter Dr. Frenzel.

Zum **Stand einiger Baumaßnahmen** führte Herr Koschig weiter aus, seit 8 Monaten werde an der künftigen Bahnhofstraße gebaut. Die Straßenbaumaßnahmen in den Nebenstraßen wurden mit dem Einbau der Asphaltdeckschichten abgeschlossen. Der Westausgang des Hauptbahnhofes soll bis zum Jahresende im Rohbau fertig gestellt werden. Alle Arbeiten an der Bahnhofstraße erfolgen plangerecht entsprechend dem gültigen Bauablaufplan.

Am 5. Dezember 2008 erfolgte eine Woche vorfristig die Verkehrsfreigabe der B 185 in der Ortslage Mosigkau, Ausbau Orangeriestraße/Knoten Am Hanfgarten/Anhalterstraße. Somit entfällt die Vollsperrung und großräumige Umleitung. Bis zum Weihnachtsfest sollen die Restarbeiten im Bauumfeld abgearbeitet werden. Ebenfalls am 5. Dezember wurde der Verkehr für die Brücke Bauwerk 24 vor dem Rößling freigegeben.

Die Baumaßnahme Teichstraße im Sanierungsgebiet Dessau-Nord befindet sich eine Woche im Verzug, weil während der Bauphase Hindernisse im Baugrund angetroffen wurden, die zusätzlich zu beseitigen waren. In der 49. Kalenderwoche erfolgte der Einbau der Asphalttrag- und -deckschichten.

Geplant ist, den Kreisverkehr am Finkenherd in Roßlau unter Vollsperrung bis zum 28.02.2009 fertig zu stellen. Eine Voraussetzung ist, dass die Bauarbeiten nicht durch Witterungseinflüsse behindert werden. Die Verlegung aller Leitungen unter dem künftigen Kreisverkehr wurde abgeschlossen. Ab der 49. KW konnte mit dem Setzen der Bordsteine und den ersten Straßenbauarbeiten begonnen werden.

Die Sanierung und Aufwertung des ANDES-Räucherturmes ist abgeschlossen. Seit dem 15.11.2008 ist die Stadt um eine kleine, aber schöne Attraktion reicher. An diesem Tag erfolgte die feierliche Einweihung des ehemaligen Räucherturms als Aussichtsturm. Damit wurden die Arbeiten im Westgrünzug abgeschlossen.

Zur Generalsanierung der Astronomischen Station führte Herr Koschig aus, dass die Bauhauptleistungen abgeschlossen sind. Momentan befinden sich die Ausbaugewerke sowie die Ausstattung in der Ausführung. Am 15.12.08 erfolgt die behördliche Abnahme und voraussichtlich am 16.12.08 wird die Übergabe an den Nutzer erfolgen. Er dankte allen, die sich für die Realisierung der Beobachtungskuppel eingesetzt haben.

Stadtumbau Ost - Programmbereich Wohnungsabriss/Rückbau dauerhaft leer stehender Wohnungen – Der Abbruch erster Teilobjekte im Rodebilleviertel erfolgte in Form

einer Sprengung am 28. und 29.11.08. Wenn es die Witterung zulässt, werden die Gebäude bis Ende März 2009 endgültig beseitigt sein.

Die Projektverteidigung der Genehmigungsplanung für den Neubau einer Zweifeldsporthalle für den Freizeit-, Vereins- und Schulsport am Gymnasium „Philanthropinum“ fand am 28. November 2008 statt. Bei den Zuwendungsgebern für Sportstättenförderung sowie Stadtumbau Ost wurden seitens des Schulverwaltungsamtes Fördermittelanträge gestellt. Der Maßnahmebeschluss wird für die nächste Stadtratssitzung vorbereitet.

Am 29. Oktober 08 wurden von der Hochschule Anhalt Vorschläge zur Neugestaltung des Ratssaales präsentiert. Von 30 Arbeiten wurden 8 in der Endrunde bewertet. Am 27. November 08 stellte der Erstplatzierte Christian Veith seinen Entwurf im Hauptausschuss vor.

Soziales

Die Stadt Dessau-Roßlau ist vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für die Teilnahme an dem bundesweiten Aktionsprogramm „Aktiv im Alter“ ausgewählt worden. Anfang Oktober startete das Programm mit 50 Kommunen. An der Auftaktveranstaltung im Ratssaal nahmen 50 Interessenten teil. Das lokale Bürgerforum informierte über das Modellprogramm und gab den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Gelegenheit, in Arbeitskreisen konkrete Vorschläge und Ideen zu Projekten für ein Leitbild des aktiven Alters in unserer Stadt zu entwickeln.

Zu unserem Aktionsplan für Demokratie und Toleranz „Vielfalt tut gut“ hatten wir eine Zwischenpräsentation am 27.11.08 im Hauptausschuss und haben gestern dazu eine Pressekonferenz durchgeführt. Wir konnten hier ein gutes Zwischenresümee ziehen. Besonders nannte er an dieser Stelle die bemerkenswerten Projekte „Kinderstadt Dessopolis“, „Stolpersteine“ und der Videowettbewerb „Demokratische Welten“.

Tourismus-Marketing

Vom Statistischen Landesamt liegen aktuell die Übernachtungsergebnisse von Januar bis August vor. Mit über 130.000 Übernachtungen konnten wir eine Steigerung von über 14 % gegenüber dem Vorjahr erzielen.

Die Verhandlungen zur Bildung eines die gesamte Region erfassenden Tourismusverbandes sind weit vorangeschritten. Noch vor Weihnachten soll eine Abstimmung mit den beiden Landräten und den Touristikern der beteiligten Städte und Gemeinden stattfinden, um dann den Weg in die Gremien freigegeben zu können.

Sport

Der Oberbürgermeister lud die Stadträte zum 28.12.08 zum traditionellen Handballturnier und zum FORD-CUP, dem internationalen Fußballturnier, am 03.01.09 ein.

Schule

Am 20.11.08 fand der Aktionstag „Ernährung - Bewegung - Gesundheit“ mit der Grund- und Sekundarschule Zoberberg im Städtischen Klinikum statt. Dieser Aktionstag wurde auf Initiative der CDU-Stadtratsfraktion in Zusammenarbeit mit unserer Stadt und über 400 Schülern und Lehrern des Schulstandortes Zoberberg durchgeführt.

Am 22.11.08 fand ein Tag der offenen Tür aus Anlass 10 Jahre Anhaltisches Berufsschulzentrum „Hugo Junkers“ statt.

Allgemeines

An dieser Stelle dankte Herr Koschig noch einmal allen Beteiligten für die gelungene und würdevolle Ausrichtung der 70. Wiederkehr der Reichspogromnacht am 9. November 1938 den Dank aus. Die Veranstaltung habe gezeigt, wie verantwortungs- und respektvoll die Bürgerinnen und Bürger mit der Geschichte und unserem historischen Erbe umgehen.

Am 31. Oktober 08 wurde das Kulturzentrum Altes Theater mit einer Premiere eröffnet. Seitdem wird das Haus mit seinen vielfältigen Angeboten von unseren Bürgerinnen und Bürgern sehr rege genutzt. Er könne von einer Auslastung von über 90 % berichten.

Wie man der Presse entnehmen konnte, gibt es in unserer Innenstadt Geruchsbelästigung. In den letzten Monaten häuften sich die Beschwerden darüber. Der Verursacher ist nun ermittelt und es sind chemische und technische Maßnahmen eingeleitet worden, um den Gestank zu unterbinden. Eine Gefährdung der Gesundheit der Einwohner der Stadt bestand zu keinem Zeitpunkt. In Kooperation mit dem Unternehmen arbeitet das Umweltamt an einer dauerhaften und für die Firma wirtschaftlich tragfähigen Lösung des Problems.

Am 7. November 08 wurde der diesjährige Sachsenbergpreis an Herrn Dr. Heinz Hofmann, Geschäftsführer des Impfstoffwerkes Dessau-Tornau, Biologika GmbH, vergeben.

Am 14. und 15. November 2008 erfolgte ein Besuch der Partnerstadt Ludwigshafen im Haus des Jugendrechts. Begleitet wurde Herr Koschig vom leitenden Oberstaatsanwalt, dem Polizeipräsidenten, dem Leiter des Polizeireviers sowie Mitarbeitern der Verwaltung. Inzwischen habe die Justizministerin Interesse gezeigt, ob wir möglicherweise in unserer Stadt ein solches Modellprojekt unterbringen können. Es diene einer zügigeren Umsetzung des Jugendstrafrechtes, der Prävention im Jugendstrafrecht, was für unsere Stadt sinnvoll sein könne, auch was die Prävention und die Bekämpfung von Extremismus betrifft.

Am 26. November 2008 wurde die langjährige Geschäftsführerin der DWG, Frau Stebner, in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet.

Seinen Bericht beendend, lud Herr OB Koschig die Stadträte zu einer feierlichen Verabschiedung von Bürgermeister Gröger am 19.12.08 in diesen Ratssaal ein.

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

In der Sitzung am 22.10.08 fasste der Stadtrat folgende nichtöffentlichen Beschlüsse:

- Zuwendungsverträge Anhaltisches Theater, Förderperiode 2009-2012
- Maßnahmebeschluss zur Beschaffung eines PET/CT-Systems für die Nuklearmedizin,

- Stellungnahme zum Prüfbericht über die überörtliche Prüfung der ehemaligen Stadt Dessau mit dem Schwerpunkt „Ausgewählte Maßnahmen der Jugendhilfe“ durch den Landesrechnungshof
- Konzeption zur Vermarktung städtischer Immobilien zur Untersetzung der Zielstellungen im Konsolidierungsprogramm der Stadt Dessau-Roßlau

5. Einwohnerfragestunde

Herr Lingner, Daheimstraße, äußerte an die Stadträte die Bitte, den Bürgern die Strompreiserhöhung zu erklären. Das könne im nächsten Amtsblatt geschehen. Das Problem Strombörse sollte aber ausgelassen werden. Es sei sicherlich bekannt, was sie angerichtet hat.

Herr Ginskey, Alte Leipziger Straße 13, sprach Herrn BM Gröger für die Hilfe bei der Fertigstellung der Kaufhalle Penny-Markt den Dank aus. Man habe sich gefreut, dass die Arbeiten so schnell abgeschlossen wurden. Der Dank komme auch von über 1000 TransNet-Mitarbeitern, welche jetzt dort auch einkaufen können. Er verstehe aber nicht die Schließung der Kaufhalle am Lorkpark, denn man habe einen großen Einzugsbereich. Er stellt die Frage, was dort vorgesehen ist.

Herr BM Gröger bedankte sich, verwies aber darauf, dass das nur sein Job ist, den er hier zu machen habe. Zur angesprochenen Thematik sei man im Gespräch mit Investoren, die möglicherweise dort etwas machen können. Die Gespräche sind aber noch nicht zu Ende geführt.

Frau Ramona Steinberg, Vorsitzende des Sozialkulturellen Frauenzentrums e.V., legte dar, die Stadträte haben die Presseerklärung sowie eine Trauerkarte auf den Tisch bekommen und verwies auf die vor der Sitzung erfolgte Frauendemonstration. Sie stellte die Frage, was die Stadträte unternehmen werden, dass das Sozialkulturelle Frauenzentrum das Projekt Frauenzentrum, das einzige gleichstellungspolitische Projekt im Bereich Soziokultur und politischer Bildung in Dessau-Roßlau, ab dem 1.9.2009 schließen muss.

Erwidernd führte **Herr Wolfram, stellv. Beigeordneter für Gesundheit und Soziales**, aus, ausdrucksvoller konnten die, die dort im bürgerschaftlichen Engagement tätig sind, hier nicht auf sich aufmerksam machen. Er dankte für das Engagement, was auch vor Ort in der Einrichtung im Sozialkulturellen Frauenzentrum getan werde. Er bot eine Terminvereinbarung mit den zuständigen Mitarbeitern des Sozialamtes an und bat Frau Tschirnich als zuständige Amtsleiterin darum, diesen noch während der Einwohnerfragestunde zu vereinbaren, dass über die Möglichkeiten gesprochen wird. Man wisse, dass das Zentrum eine Anteilsfinanzierung zu Personalkosten hatte, die als Komplimentfinanzierung des Landes aus der Kommune kommen musste. Man wisse auch, dass es immer einen geringen Sachkostenbeitrag gab, der durch viele Aktivitäten an- und bereichert wurde. Der Oberbürgermeister habe in seinem Bericht schon gesagt, dass wir in dem Haushaltsplanentwurf 2009 insgesamt Mittel für solche Förderungen eingestellt haben. Zurzeit habe man aber das Problem, dass wir natürlich im Sinne der Haushaltsregelungen bspw. jede freiwillige Aufgabe durch die Kommunalaufsicht prüfen und genehmigen lassen müssen. Fakt sei, dass in der Haushaltsdiskussion ab Januar 2009

das eine Rolle spielen werde. Die Ziele der Stadt Dessau-Roßlau sind, dass man dieses bürgerschaftliche Engagement weiter vorhält und unterstützt.

Herr Dr. Exner informierte inhaltlich zusammenfassend über die Anfrage eines Bürgers (Herr Axel Peine), welche ihm schriftlich übergeben wurde, da dieser bereits die Sitzung aus terminlichen Gründen verlassen musste. In der Anfrage geht es darum, ob Wärmepumpen mit vollem Netzentgelt belegt werden müssen und ob es die Möglichkeit gibt, attraktive Wärmepumpentarife zu schaffen. Die Beantwortung würde zu Protokoll genommen und dem Bürger zugesandt werden.

Herrn Tobler, Geschäftsführer der DVV Stadtwerke, welcher anwesend war, wurde das Wort erteilt. Er führte aus, dass das Problem bekannt ist und man dabei sei, für diese Wärmepumpen eine Sondergenehmigung zu erhalten, um das Netzentgelt zu reduzieren. Momentan ist es noch nicht möglich. Es ist ein Problem, was eigentlich entgegen den Absichten steht, alternative Energien sinnvoll einzusetzen und die Entgelte in dieser Größenordnung berechnen zu müssen. Herr Tobler hoffe, im Januar einen Bescheid zu dem gestellten Antrag zu bekommen.

Auf die Rückfrage von Herrn Dr. Exner, dass in der Bürgeranfrage gesagt werde, in Leipzig und Magdeburg ist dies bereits möglich, merkte Herr Tobler an, dass ein Antrag gestellt werden müsse. Vielleicht wurde in diesen Städten schon der Antrag gestellt. Man hatte recherchiert, wie es anderswo gehandhabt wird und konnte nicht feststellen, dass es in Magdeburg oder Leipzig so geht. Herr Tobler sagte abschließend zu, dass man sich darum bemühen werde, eine Klärung herbeizuführen.

Weitere Anfragen gab es nicht, so dass die Einwohnerfragestunde geschlossen wurde.

6. Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Einlagensicherung und Anlegerentschädigung für Kommunen

Vorlage: DR/IV/119/2008/II-20

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

6.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Puttkammer, CDU-Fraktion, stellte als erstes für den CDU-Ortsverband Dessau-Ziebigk 7 Säulen bezüglich der Errichtung und Umgestaltung der Kreuzung „An den 7 Säulen“ in einen Kreisverkehr die Frage, inwieweit die Planungen finanziell untermauert und wie es nachvollzogen werden könne.

Die 2. Frage beziehe sich auf einen Bürger. Dieser hatte einen Hund, hat die Hundesteuer nicht bezahlt und habe somit bei der Stadt Schulden in Höhe von 2.000 €. Da der Hund vor zwei Jahren verstorben ist und er bis zu diesem Zeitpunkt keine Hundesteuer bezahlt hat, fallen zusätzliche Zinsen in Höhe von 1.000 € ein. Er ist bereit, diese Schulden in kleinen Raten zurückzuzahlen, da er Hartz-IV-Empfänger ist. Herr Puttkammer bat, zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, dass in solchen Extremfällen den Bürgern die Chance gegeben wird, durch gesellschaftlich nützliche Arbeit diesen Minusstand abzuarbeiten. Vielleicht gebe es Einzelfalllösungen.

Die 3. Frage sei von Herrn Lingner schon teilweise gestellt worden. Er habe auch in der Zeitung gelesen, dass die Strompreise steigen sollen mit der Begründung, sie würden sich am Markt orientieren. Die Gaspreise, die sich am Ölpreis orientieren sollen, sind im letzten Jahr mehrfach gestiegen, sind aber trotz starker Senkung nicht gefallen. Er stellte die Frage, inwieweit die Stadtwerke auf Preissenkungen reagieren.

BM Gröger führte bezüglich der Problematik Kreisverkehr aus, dass die Planungsphasen I und II vergeben sind und sie werden im I. Quartal des nächsten Jahres vorgestellt, diskutiert und verteidigt. Dann sei die Planung des gesamten Kreisel vorgesehen. Man baue hier im unmittelbaren Einzugsbereich des Weltkulturerbes, so dass man wieder komplizierte Fragen zu beantworten habe vom Landesamt für Denkmalpflege, dem zuständigen Fachamt, möglicherweise auch von ICOMOS und bis hin zur UNESCO, so wie es auch notwendig war bei der Herbeiführung des Einvernehmens zum weiteren Planungsprozess der Sanierung Meisterhäuser.

Vorausgesetzt, dass im nächsten Jahr dieses Einvernehmen mit allen Stellen hergestellt wird, könnte die Ausschreibung Ende des Jahres und die Realisierung 2010 erfolgen. Die finanzielle Seite ist soweit gesichert, dass die laufenden Planungen bereits finanziert werden über die klassische Städtebauförderung im Rahmen des förmlich festgesetzten Sanierungsgebietes Dessau-Nord. Deshalb finde man diese Maßnahme explizit nicht im Haushalt.

Zur Anfrage Gaspreise legte **Herr Tobler, Geschäftsführer DVV** dar, das Thema wurde diese Woche bereits im Aufsichtsrat behandelt. Man habe vor, die Gaspreise im 1. Vierteljahr zu reduzieren. Zur Gaspreisentwicklung gehöre, dass das am Ölpreis hänge und zwar mit einer zeitlichen Verzögerung. Man habe auch im Sommer, als der Gaspreis ziemlich gestiegen ist, die Gaspreise nicht erhöht, sondern erst zum 1. Oktober. Man werde jetzt kurzfristig die Gaspreise reduzieren.

Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, bezog sich auf die Planungen zur zweiten Muldebrücke Nordumgehung. Herr Giese-Rehm hatte schon einmal darauf hingewiesen, dass für den Haushalt 2008 etwa 120 T€ für die Planungsleistungen zur Verfügung stehen. Das ganze Vorhaben werde ca. 11 Mio. € kosten, insofern habe man eine Prioritätensetzung, die klar in Richtung Straßenbau gehen. Er stellte die Frage nach dem Planungsstand und wann mit dem Planfeststellungsverfahren zu rechnen ist.

Die Planungen konzentrieren sich im Moment auf die detaillierte Gestaltung der Kreuzung, der Zuführung von der B 185 mit der Straße durch die Wasserstadt, erwiderte **BM Gröger**. Alle anderen Rahmenbedingungen, insbesondere im Zusammenhang mit dem Deichbau und auch die Brückenlösung selbst über die Mulde sind abgeklärt. Es wird noch in der nächsten Woche einen Workshop geben, um letzte Bedingungen des Landesamtes für Denkmalpflege, des Landesverwaltungsamtes, des Kultus- und des Bauministeriums in Verbindung mit der ICOMOS abzuklären. Wenn dieses Einvernehmen, nämlich eine so wenig wie möglich einschneidende Kreuzung zu gestalten, hergestellt ist, könnte der Prozess angeschoben werden. Der Punkt, wo die Kreuzung mit der Wasserstadt stattfinden wird, ist so herauszuarbeiten, dass der Eingriff so wenig wie möglich die historische Dimension berührt, wozu man auf einem guten Weg sei.

Die von Herrn Koschig gemachte Darstellung zur Sache Justin wurde von **Frau Müller, SPD-Fraktion**, angezweifelt. Sicher seien die Zuarbeiten des Jugendamtes nicht dem-

entsprechend gewesen. Wie könne es sonst passieren, wenn die Zusammenarbeit so gut gewesen ist, dass die Mutter zweimal beim Jugendamt um Hilfe gebeten hat und zweimal zurückgewiesen wurde, indem man ihr sagte, sie könne erst eine Woche später einen Termin bekommen. Eine akute Gefahr bestand, dass diesem Kind etwas passiert, weil die Mutter sich überfordert sah, im Augenblick des Anrufes. Aber erst als die Super Nanny anrief, sagte plötzlich das Jugendamt, man könne sofort einen Termin bekommen. Sie fragte, warum das vorher nicht möglich war. Sie erwarte vom Jugendamt eine detaillierte Aufstellung, was mit der Mutter gewesen ist.

Er habe eine detaillierte Stellungnahme des Sozialdezernenten vorliegen, die jedem Stadtrat ausgereicht werde, bemerkte **Oberbürgermeister Koschig**. Er glaube nicht, dass jetzt der Zeitpunkt ist, dies zu verlesen, denn man habe eine lange Tagesordnung.

Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender, bemerkte, er halte das für einen probaten Weg, was aber nicht heiße, dass das entsprechend aufgearbeitet wird, wie auch von Frau Müller gefordert.

Herr Schöнемann, Fraktion Die Linke, stellte im Auftrag seiner Fraktion die Frage, welche schriftlich beantwortet werden sollte, wie viele Neueinstellungen nach der Fusion der Stadt Dessau-Roßlau in der Verwaltung vollzogen wurden. Schön wäre der Zusammenhang, ob abweisbar oder nicht abweisbar, interne und öffentliche Ausschreibungen. Er wolle angesichts bestimmter Dinge, die diskutiert werden, gemeinsam mit dem Oberbürgermeister und der Verwaltung die Vermutung kompetent entkräften können, wozu er eine entsprechende Zuarbeit brauche.

Frau Lohde, CDU-Fraktion, wandte sich an den Oberbürgermeister und merkte an, dass er heute eine hervorragende Gesundheitsinitiative angesprochen habe und führte weiter wörtlich aus: „Damit verbunden ist eine leidige Email. Sie wissen inzwischen, dass das Fehlinformationen sind und ich möchte Sie einfach heute noch einmal fragen, ob Sie das richtig stellen werden, oder kann ich davon ausgehen, dass üble Nachrede - ja, salonfähig wird, wenn sie sogar durch den obersten Repräsentanten verbreitet wird.“

7. Einbringen der Unterlagen für den Haushalt der Stadt 2009 und Folgejahre

7.1 Haushaltssatzung 2009 Haushaltsplan 2009

Finanzplan 2009 Stellenplan 2009

Vorlage: DR/BV/494/2008/II-20

7.2 Haushaltskonsolidierungskonzept 2009 und Folgejahre

Vorlage: DR/BV/482/2008/II-20

Frau Beigeordnete Nußbeck merkte an, dies ist der vierte Haushalt den sie in den Stadtrat Dessau bzw. Dessau-Roßlau einbringe – und es ist mit keinem Jahr einfacher geworden. Im Gegenteil die Rahmenbedingungen verschlechtern sich immer wieder, so dass sich die Haushaltslage trotz aller Konsolidierungsbemühungen nicht verbessert hat.

Weiter führte sie aus, In den letzten zwei Jahren haben wir wieder die positiven Auswirkungen des Aufschwungs durch steigende Steuereinnahmen leicht zu spüren bekommen. Nun wird schon die nächste Rezession angekündigt und mit ihr ein drastischer

Steuereinbruch. Steigende Steuereinnahmen waren jedoch in unserer bisherigen Finanzplanung ein wesentlicher Eckpfeiler zur Konsolidierung.

Nur auf Grund der positiven Steuerprognose und der Verwendung von rd. 6 Mio. EUR Investitionshilfen im Verwaltungshaushalt konnten wir den Haushaltsausgleich bei der Haushaltsplanung 2008 überhaupt für das Jahr 2015 darstellen. Von diesen positiven Steuerprognosen müssen wir uns nunmehr verabschieden. Hinzu kommen eine Reihe offener Probleme aus der Umsetzung der Haushaltskonsolidierungskonzepte der Vorjahre.

Der **Verwaltungshaushalt 2009** hat im vorliegenden Entwurf Einnahmen in Höhe von insgesamt 166.114.100 EUR und Ausgaben in Höhe von insgesamt 191.333.700 EUR geplant.

Das geplante Defizit beträgt damit 25.219.600 EUR und ist um 463.300 EUR niedriger als im Finanzplan 2008 geplant. In dem Gesamtdefizit von rd. 25,2 Mio. EUR ist ein Verlustvortrag aus Vorjahren in Höhe von 17.711.100 EUR enthalten.

Das strukturelle Defizit in 2009 beträgt somit 7.508.500 EUR und ist damit um 1.033.400 EUR niedriger gegenüber dem Plan 2008.

Der Finanzplan sieht auch für 2010 erstmalig vor, dass die laufenden Einnahmen die laufenden Ausgaben übersteigen und dass somit ab 2010 die erwarteten Überschüsse für den schrittweisen Abbau der Soll-Fehlbeträge aus den Vorjahren in Höhe von rd. 52 Mio. EUR verwendet werden.

Nach der jetzt vorliegenden Finanzplanung wird dieser vollständige Haushaltsausgleich erst im Jahr 2017 erreicht. Das Haushaltsdefizit im Jahr 2016 beträgt immerhin noch rd. 8,2 Mio. EUR, die derzeit nicht durch Konsolidierungsmaßnahmen untersetzt werden können. Voraussetzung dafür ist allerdings auch, dass der Gesetzgeber die bereits für 2009 durchgeführte Anpassung der Zuweisungen nach dem FAG an die Gebietsänderungen auch ab 2010 durch Gesetz fortschreibt.

Darüber hinaus hat das Haushaltskonsolidierungskonzept für das Jahr 2009 in dem vorliegenden Entwurf eine Reihe von Aktualisierungen erfahren.

Die bisherigen Konsolidierungsvorschläge 8007 und 9005 wurden durch die mit Beschlusslage des Stadtrates am 22.10.2008 mehrheitlich bestätigten Vorschläge aus dem Gutachten von Rödl & Partner ersetzt.

In Anbetracht der heutigen Tagesordnung ging **Frau Nußbeck** an dieser Stelle nur auf die ihres Erachtens. problematischen Konsolidierungsvorschläge ein.

1. Vorschlag-Nr. 5004 Übertragung der städtischen Bäder in den steuerlichen Querverbund der DVV

Hierzu ist anzumerken, dass das Jahressteuergesetz 2009 diese Möglichkeit nun doch nicht mehr vorsieht – das bedeutet, dass hierfür wieder Gewinne der DVV sowie weitere Einsparungen im Kernhaushalt zur Kompensation notwendig werden.

2. Vorschlag-Nr. 8012 Konsolidierungspotentiale der DVG

Hierfür ist zunächst bis 31.03.2009 ein entsprechendes Konzept von der DVG zu erarbeiten, das die Einsparungen plausibel untersetzt.

3. Vorschlag-Nr. 9006 Analyse des Kernhaushaltes auf weitere Konsolidierungsbeiträge sowie Prüfung von zusätzlichen Einnahmen aus dem kommunalen Wohnungsunternehmen durch alternative Finanzierungsmodelle

Für die Analyse des Kernhaushaltes wird gerade ein entsprechendes Beratungsunternehmen ausgewählt. Erste Ergebnisse liegen frühestens Mitte 2009 vor und können somit erst in der Planung für 2010 Berücksichtigung finden.

Die Prüfung von Konsolidierungsbeiträgen durch die DWG läuft bereits. Mit ersten Ergebnissen ist frühestens Ende I. Quartal 2009 zu rechnen.

Das vorliegende Haushaltskonsolidierungskonzept 2009 sieht entsprechend der Beschlusslage vom 22.10.2008 keine Einnahmen aus Veräußerungen von Anteilen an kommunalen Unternehmen vor, da dies wie beschlossen nachrangig sein soll. Dafür steht der neue Vorschlag Nr. 9006. Allerdings mit dem Mangel, dass die Finanzplanung derzeit den Haushaltsausgleich erst in 2017 darstellen kann.

Inwieweit und ob die Kommunalaufsicht Einlassungen unsererseits hinsichtlich der Auswirkungen der Finanzkrise auf den kommunalen Haushalt Rechnung tragen wird und will, kann nicht vorhergesagt werden. Es muss daher oberstes Ziel bleiben durch zusätzliche Konsolidierungsbeiträge die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes 2009 sicherzustellen.

Der **Vermögenshaushalt** ist in Einnahmen und Ausgaben wie immer ausgeglichen. Eine Kreditaufnahme ist nicht vorgesehen. Damit sinkt die Verschuldung bis zum 31.12.2009 auf 82,6 Mio. EUR (ohne Anteil LK AZE und KommInvest).

Die Einnahmen und Ausgaben des Vermögenshaushaltes betragen jeweils 48.771.400 EUR und sind damit 3,9 Mio. EUR höher als im Plan 2008.

Die Verpflichtungsermächtigungen betragen insgesamt 19.978.400 EUR und entsprechen in etwa dem Niveau des Vorjahres.

Weitere inhaltliche Ausführungen sollen den Haushaltsberatungen, die Anfang des nächsten Jahres beginnen sollen, vorbehalten bleiben. Die nächsten Termine der Sitzungen des Haushalts- und Finanzausschuss werden inhaltlich vorbereitet.

Bereits im gesamten letzten halben Jahr wurden umfangreiche Aufgaben in Vorbereitung der Haushaltsplanung 2009 abgearbeitet. Dazu gehörten eine Reihe von Prüfaufträgen, deren Ergebnisse nach und nach im Finanzausschuss vorgestellt wurden, aber auch einige Konzepte zum künftigen Umgang mit bestimmten Themen, wie z. B: Feuerwehrenachwuchssicherung oder die Budgetierung für Ortschaften. Die inhaltlichen Schwerpunkte der nächsten Haushaltsberatungen sollen daher bei

- der Haushaltskonsolidierung,
- der Personalentwicklung sowie
- beim Investitionsprogramm

gesetzt werden.

Frau Nußbeck bedanke sich für die Aufmerksamkeit und wünschte der heutigen Stadtratssitzung einen erfolgreichen Verlauf.

8. Beschlussfassungen

8.1 Verleihung der Fritz-Hesse-Medaille der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: DR/BV/406/2008/I-OB

Die Vorlage wurde zurückgezogen.

8.2 Verleihung der Fritz-Hesse-Medaille Vorlage: DR/BV/407/2008/I-OB

Die Vorlage wurde zurückgezogen.

8.3 Neuwahl eines stimmberechtigten und eines stellvertretenden Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses Vorlage: DR/BV/455/2008/V-StR

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 41:00:00

8.4 Nachwahl eines stellvertretenden Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses Vorlage: DR/BV/456/2008/V-StR

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 41:00:00

8.5 Wirtschaftsplan 2009 des Städtischen Klinikums Dessau einschließlich Erfolgs-, Vermögens-, Stellen- und Finanzplan Vorlage: DR/BV/378/2008/V

Herr Wolfram, stellv. Beigeordneter für Gesundheit und Soziales, erläuterte, es handele sich um einen sehr anspruchsvollen Plan. Es sind auch anspruchsvolle Ziele gesteckt. Man hoffe, dass sich das Krankenhaus so entwickelt, wie es für die Region benötigt wird. Vor wenigen Wochen habe man die Bilanz des zurückliegenden Jahres behandelt. Der Krankenhausausschuss habe sehr ausgiebig diese Ziele beraten. Es werde jetzt darauf ankommen, durch die Leistung aller Bediensteten, einschließlich der Einbeziehung der Kassen, in den Verhandlungen zum Budget, diesen Plan als Erfolgsplan umzusetzen zum Wohle derer, die unser Krankenhaus besuchen.

Herr Dr. Plettner, FDP-Fraktion, gratulierte zu den phantastischen Zahlen. Er bezog sich auf den Stellenplan und legte dar, man könne lesen, dass die Ärztezahl vorwiegend auf dem Land und auch in Sachsen-Anhalt sinkt. Er wollte im Klinikum anfragen, ob es noch Ärzte in der Weiterbildung zum Allgemeinmediziner mit dem Endziel, sich irgendwo im Lande niederzulassen, gibt.

Da die Verwaltungsdirektorin des Städtischen Klinikums, Frau Süßmilch, heute nicht anwesend ist, bat Herr Wolfram die **Stellvertreterin, Frau Kühnle**, um Ausführungen.

Frau Kühnle erörterte, man sei bemüht, die vorhandenen Lücken zu schließen. Man sei auch in diesem Programm integriert, wo die Allgemeinmedizin gefördert wird. Momentan habe man einen Arzt in der Weiterbildung. Man sei aber dabei, auch weitere zu suchen. Die Nachfrage sei jedoch nicht sehr groß. Seitens des Klinikums gebe es diesbezüglich keine Einschränkungen.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 41:00:00

**8.6 Jahresabschluss 2007 des Eigenbetriebes Stadtpflege
der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/415/2008/II-EB**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 41:00:00

**8.7 Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Stadtpflege
der Stadt Dessau-Roßlau für das Jahr 2007
Vorlage: DR/BV/412/2008/II-EB**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 41:00:00

Nach der Abstimmung sprach Frau Beigeordnete Nußbeck der Leiterin des Eigenbetriebes Stadtpflege, Frau Moritz, den Dank für ihre hervorragende Arbeit aus.

**8.8 Übertragung der Aufgabe "Öffentliche Straßenbeleuchtung"
im Stadtgebiet Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/073/2008/II-EB**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:01

**8.9 Erneuerung/Erweiterung Straßenbeleuchtung Birnbaumweg
- Entscheidung gem. § 1 Abs. 4 Satz 4 Straßenausbaubeitragssatzung
der Stadt Dessau
Vorlage: DR/BV/314/2008/II-EB**

Die Vorlage wurde zurückgezogen.

**8.10 Budgetierung der Ortschaften der Stadt Dessau-Roßlau für das Jahr 2009
Vorlage: DR/BV/436/2008/I-OR**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 39:01:01

8.11 Einführung einer Konzessionsabgabe Trinkwasser Vorlage: DR/BV/471/2008/II-30

Frau Nußbeck, Beigeordnete für Finanzen, verwies aufgrund einer Anfrage im Hauptausschuss darauf, dass der **2. Satz der Seite 2 des Vertrages** „Die DESWA ist befugt, ihre Leitungen zur Durchführung von Wasser in Gebieten außerhalb der Stadt zu nutzen, auch zu diesem Zwecke insbesondere die Durchleitung von Wasser zu gestatten“ **gestrichen** wird.

Die Vorlage wurde geändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 30:00:11

8.12 Preisblatt für Trinkwasser der Dessauer Wasser- und Abwasser GmbH (DESWA) mit Wirkung zum 01.01.2009 Vorlage: DR/BV/469/2008/VI-66

Das sei die logische Folge der Konzessionsabgabe, damit es für die DVV neutral bleibe, erklärte **Herr BM Gröger**.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 30:00:11

8.13 Nutzungskonzept Meisterhäuser Vorlage: DR/BV/474/2008/V-41

In der Einführung verwies **Herr Wolfram** in Vertretung des Beigeordneten für Gesundheit, Soziales, Bildung und Kultur auf das in den Ausschüssen beratene und nun vorliegende umfängliche Nutzungskonzept für die Meisterhäuser. Es waren viele Aktivitäten nötig, um die Zielstellungen so zu definieren, dass sie insgesamt mit dem Wettbewerb zur städtebaulichen Reparatur der Meisterhäuser in Übereinstimmung kommen.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM, stellte für das Protokoll den Verlauf der Dinge dar und kündigte an, dies ebenfalls für das Amtsblatt der Stadt vorzulegen. Es gebe ein Nutzungskonzept, nicht das heute vorliegende, das von der Verwaltung mit den Nutzern erarbeitet wurde und am 25.09.07 im Kulturausschuss bestätigt worden ist. Der Auslobungstext für den Wettbewerb hat dieses Nutzungskonzept in den wesentlichen Aussagen übernommen, sogar noch um die Möglichkeit der Unterbringung eines Designzentrums erweitert. Dieser wurde im Kulturausschuss sowie im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am 04.12.2007 und im Haupt- und Personalausschuss am 05.12.2007 beschlossen.

Da der Bestätigung des Nutzungskonzeptes im Kulturausschuss noch der Zustimmung eines beschließenden Ausschusses bedurfte, wurde durch vier Fraktionen ein Stadtratsbeschluss vor der Sommerpause eingebracht und auf Bitten des Oberbürgermeisters erst nach der Sommerpause beschlossen. Der OB habe aber zugesichert, dass der Beschlussvorschlag bis dahin schon Handlungsrichtlinie für die Verwaltung ist. In dem Beschlussvorschlag wurde im Punkt 3 der Beschluss des Nutzungskonzeptes durch

den Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt und den Stiftungsrat Meisterhäuser gefordert, um eine Vorgabe für die Architekten zu haben.

Das Nutzungskonzept war in den genannten Gremien nicht bis zum 22.10.2008 zur Diskussion gestellt und beschlossen worden. Aus diesem Grunde habe Herr Otto dies in der Stadtratssitzung am 22.10.08 angemahnt.

Nunmehr gab es eine Sitzung des Haupt- und Personalausschusses, des Kultur-, Bildungs- und Sportausschusses und des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am 27.11.2008. Hier wurde ein geändertes, heute vorliegendes Nutzungskonzept vorgestellt. Dabei wurde deutlich, dass den Architekten kein Nutzungskonzept vorgelegen hatte und sie auf Nachfrage bestätigten, dass sie ohne ein solches ihre Entwürfe gemacht hatten und man das Nutzungskonzept an die Entwürfe angepasst hat. Herr Otto stellte dazu fest, dass die Stadt ohne Not auf Flächen und Möglichkeiten verzichtet, die mit den Nutzern vorher besprochen waren.

Aus diesem Grunde würde sich die Fraktion heute bei der Abstimmung enthalten, wenn nicht wenigstens ein Änderungsantrag, den er verlesen werde, angenommen wird. Man werde nicht dagegen stimmen, sondern sich enthalten, um den Prozess nicht aufzuhalten, da bereits zu viel Zeit verloren gegangen ist.

Der Änderungsantrag der **Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM** lautet:

Der Beschlusstext wird erweitert um **die Maßgabe, dass die Ausstellung über Walter Gropius nicht im Keller des Direktorenhauses untergebracht wird.**

Wo diese letztendlich untergebracht wird, könne noch beraten werden, damit wolle man den Stadtrat heute nicht überfrachten.

Herr Dr. Exner bat Herrn Otto, den Text des Ergänzungsvorschlages dem Präsidium zuzureichen und erteilte **Herrn Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, das Wort.

Herr Busch erinnerte an die Diskussion in der gemeinsamen Sitzung Kulturausschuss/ Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am 27.11.2008. Es ging darum, dass im Haus Gropius die zentrale Toilettenanlage im Erdgeschoss für die gesamte Meisterhaussiedlung untergebracht werden soll. Er halte es für eine Farce, ein Weltkulturerbe wieder aufzubauen und in einem wichtigen Erdgeschoss, in dem eigentlich das Lebenswerk von Walter Gropius gewürdigt werden sollte, eine Toilettenanlage in einer Größe von 20 m² zu errichten. Man könne sich über das Café streiten und s. E. müsse eine Garderobe nicht im Erdgeschoss untergebracht werden, da es sekundäre Nutzungen seien. Er appelliere an die Verwaltung, mit den zuständigen Gremien, ICOMOS, der UNESCO, dem Landesamt für Denkmalpflege nochmals zu diskutieren, inwieweit das Kellergeschoss so wichtig ist, dass es in der sich jetzt darstellenden Form erhalten werden muss.

Heute sollte dem Konzept zugestimmt werden, schloss Herr Busch, insgesamt sei es aber noch zu diskutieren, da es auch klar geworden ist, dass die Architekten selbst nicht sehr glücklich damit sind. Eine Lösung könnte sein, dass nachgeordnete Nutzungen im Kellergeschoss des Gropius-Hauses untergebracht werden. Damit hätte man genug Platz im Erdgeschoss für Nutzungen, die dem Weltkulturerbe würdig sind. Deshalb bitte er die Verwaltung, entsprechenden Druck auf die denkmalpflegerischen Stellen auszuüben. Er bat um Zustimmung durch den Stadtrat.

Die **CDU-Fraktion** würde gern zustimmen, habe allerdings noch einige Anregungen, welche als Prüfauftrag gelten sollen, um den Prozess nicht zu unterbrechen oder aufzuhalten, führte **Frau Lohde** aus. Es sollte die 2-geschossige Nutzung geprüft werden. Zusätzliche Nutzungen, wie Informationsstände über weitere Bauhausbauten und das Gartenreich, sowie ein Museumsshop sollten entfallen.

Herr Schöнемann, Fraktion Die Linke, verwies auf die entsprechende Begleitung der Thematik in den Ausschüssen. Als Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt könne er sagen, dass das Gesamtergebnis als begrüßenswert angesehen wird. Es gebe sicherlich noch Differenzen in der Positionierung zu Details, wobei die Verfahrensweise des ursprünglichen Antrages, der im Frühsommer auf den Weg gebracht wurde und die inhaltliche Nutzung betrifft, kritikwürdig ist. Dies wolle er mit einer praktikablen Argumentation untersetzen. In der letzten Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt wurde deutlich, dass der Architekt einige Aspekte der Orientierung der inhaltlichen Nutzung gar nicht nachvollziehen konnte, weil er sie im Detail nicht kannte. Diesbezüglich stelle sich die Frage, wie so etwas möglich ist. Das wolle er nicht kommentieren und niemanden beschuldigen, es habe aber stattgefunden und auch die Art der abgelaufenen Diskussion dokumentierte diesen Sachstand. Die Mitarbeit von Stadträten in der Zusammenarbeit mit der Verwaltung verdiene es, dass auch jeder Gedanke, der im Vorfeld zur Qualifizierung eines solchen Vorhabens aufgeworfen wird, inhaltlich transportiert, geprüft und abgewogen wird. Das sei vielleicht eine Lehre für weitere Aktivitäten, dass so etwas in Zukunft nicht wieder passiert.

Bei der Problematik der Würdigung von Walter Gropius unterstütze er die Intentionen von Herrn Otto und Herrn Busch. Die Diskussion sei etwas unsäglich gelaufen, er wolle diese aber nicht noch einmal aufnehmen. Man habe mit diesem Haus die Möglichkeit, weltweit einmalig eine entsprechende Einrichtung zu gestalten, die Walter Gropius ausreichend würdigt. Diese Chance sollte genutzt werden. Man sei im Wettbewerb mit Berlin und Weimar, habe dabei erheblich an Terrain verloren, u. a. auch bei der Vorbereitung 90 Jahre Bauhaus, wo man begleitend tätig ist, aber zur Stunde noch keine Lösung für Dessau gefunden hat. Um mit Herrn Daehre zu sprechen: Es fehle der Adelschlag. Diesen könnte man nachvollziehen, indem man dieses Haus entsprechend gestaltet. Hierzu seien die Anregungen von Herrn Busch durchaus angebracht. Die Fraktion sei ebenfalls der Meinung, im Interesse der IBA 2010 jetzt entscheiden zu müssen. Deshalb werbe er für eine heutige Mehrheit.

Auch die **Fraktion der FDP** bittet darum, dass alle Stadträte heute zustimmen, damit die Auftragserteilung mit der vorliegenden Architektur nicht gefährdet wird, führte **Herr Dr. Plettner** aus. Durch eine Protokollnotiz müsste gewährleistet sein, dass das Nutzungskonzept des Gropiushauses, Moholy-Nagy habe keiner erwähnt, es gehe also nur um das Gropiushaus, noch einmal variiert wird. Wenn man sage, eins bleibt mit dem anderen verbunden, scheitert die Abstimmung an der Nutzung des Gropiushauses, was er zu bedenken gebe. Weiterhin wolle er als Idee einfließen lassen, nachdem man den Nachfolger der Stiftung Bauhaus kenne, welcher sich sehr gut in Dessau und im Gropiushaus auskennt, wäre es der erste Brückenschlag, ihm die Hand zu reichen, um seine Gedanken zur Nutzung des Gropiushauses kennen zu lernen.

Herr Hartmann, SPD-Fraktion, legte dar, die Aufgabenstellung lautet, ein Ensemble zu reparieren und herzustellen. Nach einem gewissen Prozess ist diese Ensemblelösung von der äußeren Kubatur gelungen, darüber gebe es Einvernehmen. Man schaffe dort

zwei Neubauten, d. h. man habe die Möglichkeit, alle möglichen Dinge, die der Nutzung entsprechend erforderlich erscheinen, in dieser Kubatur herzurichten und umzusetzen. Parallel dazu habe man diese zwei Souterrainbereiche, die Kellerbereiche, die natürlich bauzeitlich sind und denkmalpflegerisch eine bestimmte Position haben, über die wir nutzungstechnisch genauso nachdenken müssen. Er wolle dafür werben, in erster Linie diese Entwicklung der Reparatur im Auge zu haben und zwingend bis zum Jahr 2010 dort diese Leistung zu realisieren. Auch er werbe also für die Umsetzung der Vorlage und dafür, in der Nutzung der Neubaubereiche entsprechend gestalterisch wirken zu können. Was den Keller betreffe, sei das eine Sache, die mit sehr viel Fingerspitzengefühl und im Hinblick auf die Bedeutung der Historie bedacht werden sollte.

Man habe im Ergebnis eines international ausgeschriebenen Wettbewerbes ein Spektrum an Lösungsansätzen auf der Grundlage eines Auslobungstextes vorgefunden, der selbstverständlich die künftigen Nutzungen ganz klar umrissen hat, erklärte **Herr BM Gröger**. Es sind die unterschiedlichsten Beiträge gekommen. Sie reichten von, es so lassen wie es ist, bis hin zu mehrgeschossigen Gebäuden am Standort des Gropiushauses. Gemeinsam mit der Jury hat man sich für die Weiterarbeit mit dem Nagyarchitekten entschieden und jetzt einen Stand erreicht, der uns in die Lage versetzt, die Planungen im nächsten Jahr auf einen Stand zu bringen, die städtebauliche Reparatur 2010 beenden zu können, auch mit den Prüfaufträgen, die hier ergangen sind und die er mitnehme. Herr Gröger machte aber darauf aufmerksam, dass alles reif sei, in den Bereich einer Beschlusslage für einen Maßnahmebeschluss gebracht zu werden. Der Maßnahmebeschluss soll schon am 16. Dezember 2008 im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt behandelt werden. Parallel dazu könne auch der Prüfauftrag mit hinein genommen werden. Eindeutig sei es aber so, dass das, was wir erreicht haben, im Kontext mit ICOMOS, mit der UNESCO, mit dem Landesamt für Denkmalpflege, mit dem Kultus- und Bauministerium und dem Landesverwaltungsamt erreicht wurde. D. h. alles, was wir zusätzlich an Entlastungen bringen bei der Gestaltung, indem wir am Haus Gropius Veränderungen vornehmen, die sich aber mit dem Nutzungskonzept der künftigen Nutzer zurechtfinden, auch den Ansprüchen des behindertengerechten Zuganges, kann ohne Ausgrenzungen mit abgeglichen werden. Das könne alles gemacht werden, nur eine grundsätzliche Änderung dessen, was die Architekten vorgestellt haben, werde man nicht erreichen. Man habe aber Vorsorge getroffen mit der UNESCO, überall dort die Möglichkeiten der Herstellung zu einem späteren Zeitpunkt eine weitere Annäherung an das bauzeitliche Erscheinungsbild jederzeit umzusetzen. Das war der entscheidende Durchbruch, der mit Frau Molar gelungen ist.

Der Vorsitzende des Stadtrates, **Herr Dr. Exner**, fasste zusammen, es liege ein Änderungsantrag von Herrn Otto vor, des Weiteren gibt es einen Prüfauftrag, welche er zur Abstimmung stellen wolle. Er richtete zunächst die Frage an Herrn Dr. Plettner und Herrn Busch, ob sie ihre Redebeiträge zu einem Antrag erhoben haben wollen, oder ob es reicht, wenn die Redebeiträge im Protokoll aufgeführt sind. Dies wurde von **Herrn Dr. Plettner** als ausreichend bestätigt.

Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, erklärte, sein Prüfauftrag lautet, der Stadtrat beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, mit den zuständigen Gremien (Landesamt für Denkmalpflege, UNESCO, ICOMOS) dahingehend zu verhandeln, dass auch das Kellergeschoss des Hauses Gropius für sekundäre Nutzungen (Garderobe, Toiletten etc.) geöffnet und entsprechend umgenutzt werden kann.

Herr Schöнемann, Fraktion Die Linke, meldete sich zur Geschäftsordnung und bemerkte, was Änderungen oder Prüfaufträge betrifft, seien Abstimmungen nur zulässig, wenn sie auch schriftlich vorliegen.

Erwidernd legte der **Stadtratsvorsitzende Dr. Exner** dar, Herr Dr. Plettner habe auf die Frage hin, ob eine Protokollnotiz reicht, genickt. Deshalb sehe er hier kein Problem. Er verwies auf einen Änderungsantrag, auf einen Prüfantrag, den Frau Lohde vorlegte. Er fragte Frau Lohde, ob dieser ein Ergänzungsantrag wäre, oder aber ausschließlich Gegenstand der Prüfung sein soll. Frau Lohde erklärte, dies sei als Prüfauftrag zu verstehen.

Herr Dr. Exner verlas den Prüfauftrag: „Prüfung der zweigeschossigen Nutzung und ob zusätzliche Nutzungen wie Infos über weitere Bauhausbauten und Gartenreich, ebenso ein Museumsshop entfallen sollen.

Dieser **Prüfauftrag** wurde mehrheitlich (6 Enthaltungen) **angenommen**.

Herr Dr. Exner verlas den vorliegenden Antrag zum **Verhandlungsauftrag**: „Der Stadtrat beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, mit den zuständigen Gremien (Landesamt für Denkmalpflege, ICMOS, UNESXCO) dahingehend zu verhandeln, dass das Kellergeschoss des „Hauses Gropius“ für sekundäre Nutzungen (Garderobe, Toiletten etc.) geöffnet und entsprechend umgenutzt werden kann.“

In seiner Meldung **zur Geschäftsordnung** erhob **Herr Schöнемann** Einspruch, dass es laut Geschäftsordnung Qualitäten in Form von Anträgen gibt. Es gebe Änderungsanträge und Prüfaufträge seien Bestandteil des Protokolls. Die Geschäftsordnung lasse diese Lesart nur bedingt zu.

Es gebe verschiedene Möglichkeiten, das Meinungsbild des Stadtrates festzuhalten, erklärte **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**. Er könne aus einer reinen Protokollnotiz keine Mehrheiten, Minderheiten oder Voten feststellen. Deshalb müsse er mit dem, was ihm auf den Tisch gelegt werde, in irgendeiner Form umgehen. Dementsprechend erbat er das Votum für den Prüfauftrag und für den Verhandlungsauftrag. Er habe explizit zwischen diesen beiden Anträgen und dem Änderungsantrag unterschieden. Herr Otto sei der einzige, der einen Änderungsantrag abgegeben hat. Auch nur dieser Antrag würde den eigentlichen Beschluss verändern. Er gehe davon aus, dass die Verwaltung dem Verhandlungs- und dem Prüfauftrag Folge leisten wird. Von daher könnte er das im gestalterischen Ermessen auch tun.

Herr Dr. Exner stellte den **Verhandlungsauftrag** von Herrn Busch nach Verlesen zur Abstimmung. Dieser wurde mehrheitlich **angenommen**.

Der von Herrn Otto im Namen der Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM gestellte Antrag auf **Ergänzung des Beschlussvorschlages**

„...mit der Maßgabe, dass die Ausstellung über Walter Gropius nicht im Keller des Direktorenhauses untergebracht wird.“

wurde mehrheitlich angenommen (39:01:01).

Die Vorlage wurde geändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 38:00:03

8.14 Bürgerbegehren für den Erhalt der Unternehmen der Daseinsvorsorge im Eigentum der Stadt Dessau-Roßlau **Vorlage: DR/BV/489/2008/I-OB**

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, führte aus, er sei der Verwaltung und dem Rechtsamt sehr dankbar, eine umfassende Stellungnahme zum Vorgang selbst erhalten zu haben. Natürlich sei es typisch für die Lesart von Gutachten, dass sie interpretierbar sind. Sehr positiv ist, dass das Quorum erreicht ist mit 8.866 Stimmen, dass die Begründung vorhanden ist, die laut Gesetz zu erbringen ist, dass die Kostendeckung wahrscheinlich nicht zu erbringen war, weil an anderer Stelle u. a. deutlich wird, dass ein unmittelbarer Zusammenhang mit diesem Beschluss, was vor allem die Konsolidierung betrifft, nicht besteht, so dass eine notwendige Untersetzung der Kosten, wobei man im Finale dann doch dazu kommt, dass ein Deckungsbeitrag nötig wäre. Positiv sei auch die Begleitung der Verwaltung, was den Prozess der Heilung betrifft im Rahmen der Vertretungsberechtigten. Hier sei ein deutlicher, rechtlicher Standpunkt da, der das Begehren stärkt.

Die Passage 2 auf der Seite 3 zu den 6-wöchigen Fristen in Form eines möglichen Einspruchs gegen einen Beschluss sei vielleicht das Resümee der Studie des Rechtsamtes. Wir sehen als Initiatoren keinerlei Zusammenhänge mit dem Konsolidierungsbeschluss vom 4. Juni 2008, vor allem nicht unmittelbar, was auch aus dem Schreiben deutlich wird, wenn man über die Deckungsqualität nachdenkt. Man habe einen Standpunkt vertreten, der eine Alternative zum Umgang mit dem Defizit der Stadt Dessau ist, d. h. man spreche von Wahrscheinlichkeiten. Diese Wahrscheinlichkeiten sind allerdings auch nur Gegenstand der Beschlusslage der Konsolidierung. Im schlimmsten Fall ist über Anteilsverkäufe zu kompensieren. Es ist kein Beschlussgegenstand. Damit ist die Problematik der 6-wöchigen Widerspruchsfrist eigentlich nicht gegeben. Es gehe um Absichtserklärungen in den Beschlussvorlagen. Das Begehren ist ebenfalls eine Absichtserklärung der Bevölkerung der Stadt Dessau, untersetzt mit nicht wenigen Unterschriften und damit legitim. Er bat darum, der Vorlage der Verwaltung nicht zuzustimmen.

Herr Weber, CDU-Fraktion, legte dar, es sei allgemein und auch aus den Ausschüssen bekannt, dass man eine andere Positionierung grundsätzlich zu diesem Begehren vertrete. Man widerspreche der Stadtverwaltung in der Auffassung, dass die Heilung in dieser Form hat erfolgen können. Es gibt eine Reihe von Bürgerinnen und Bürgern, die sich auch durch die Persönlichkeiten, die dieses Begehren vertreten haben, haben bewegen lassen, es zu unterschreiben, weil diese Personen für sie Vertrauenspersonen waren. Es sind jetzt zwei Persönlichkeiten nicht mehr auf dieser Liste vertreten und es sage auch keiner, welche Personen z. B. gerade durch diese Personen motiviert waren, ihre Unterschrift zu leisten.

Vorhin hatte man eine ganze Reihe von Bürgerinnen gesehen, die bereits auf die ersten Folgen hingewiesen haben. Wir sind jetzt da angekommen, wo das Bürgerbegehren nicht alles in der Öffentlichkeit gesagt hat. Es wurde nicht darauf hingewiesen, aus welcher Not die Motivation geboren ist, auch die Möglichkeit von Anteilsverkäufen in Erwägung zu ziehen und in Erwägung zu halten. Wenn man in diesen Tagen noch deutlicher sehe, dass über eine Haushaltssperre wirklich erstmals wichtige soziale Einrichtungen unserer Stadt vor dem Aus stehen, wenn mit einer totalen Haushaltssperre im Frühjahr

vielleicht unsere Schwimmhalle dicht gemacht wird, wenn unsere Sportplätze nicht mehr so betrieben werden können, wenn die Senioreneinrichtungen nicht mehr so unterstützt werden können, Herr Schönemann war dieser Tage zitiert worden bezüglich der schönen Atmosphäre im Amtshaus, was eine freiwillige Aufgabe sei, dieses Geld sei im Moment nicht da, man stehe mit dem Rücken zur Wand. Diese Option, handlungsfähig zu bleiben, in die Zukunft blicken und handeln zu können, dürfe man sich nicht abschließend nehmen.

Er verwies darauf, dass es wieder einen Haushalt gebe, der 48 Mio. € im Vermögenshaushalt stehen hat, man habe nach wie vor viel weniger zum Investieren als man allein für Personal ausbebe. Wenn man jetzt in die große Finanzkrise hineinschlittert, was Dessau-Roßlau auch demnächst erreichen werde, habe man nichts zum Investieren, wenn diese Investitionsprogramme des Bundes anlaufen. Deshalb möchte Herr Weber darum werben, vor allem aus den rechtlichen Begründungen der Stadtverwaltung heraus, dieser Vorlage zu folgen, festzustellen, dass die Rechtmäßigkeit so nicht gewährleistet ist. Er wolle aber auch aus pragmatischen Vernunftgründen darum bitten, die Diskussion um die Möglichkeit von Veräußerungserlösen nicht mehr so zu verteuern.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM, legte dar, Rödl+Partner sage zwar, wenn wir verkaufen, können wir den Haushalt sanieren, aber Rödl+Partner habe nicht umfassend untersucht, wie die Auswirkungen dann in den Unternehmen sind, denn man lasse das Geld, wenn wir Anteile verkaufen, nicht in den Unternehmen, um das Unternehmen zu stabilisieren, sondern wir ziehen aus den Unternehmen das Geld heraus. Das habe er schon einmal hier gesagt, aber niemand wolle das begreifen. Wenn ich 100 Mio. € Verkaufserlöse erziele, erwarten diejenigen die das kaufen, dass sich diese 100 Mio. € für sie in Rendite, was 10 % seien, zu Buche schlagen. Sie wollen nämlich mehr haben, als bei einer Bank. Das müsse aus dem Unternehmen heraus erwirtschaftet werden. Abgesehen davon, wenn ich Stadtwerke verkaufe, Anteile davon sofort der Querverbund weg ist, wir dann die Verkehrsbetriebe aus dem Haushalt finanzieren müssen und Teile der Gewinne an die Käufer gehen. Das alles sei nirgendwo beleuchtet worden und ist dem Bürger und der Wirtschaft, die heute den Brief geschrieben haben, nicht einmal deutlich gemacht worden. Er sage den Wirtschaftsunternehmen nur, viele namhafte Wirtschaftsunternehmen dieser Stadt würde es heute nicht mehr geben, wenn wir keine Stadtwerke gehabt hätten, denn die Stadtwerke haben Monate und teilweise Jahre lang auf Kosten der Allgemeinheit Kredite gegeben, indem sie Zahlungen aufgeschoben haben als es den Unternehmen schlecht ging.

Erwidernd merkte **Herr Weber, CDU-Fraktion**, an, die Unternehmen arbeiten tatsächlich, um Gewinne zu erwirtschaften, davon lebe die Wirtschaft. Unsere Stadtwerke müssen auch Gewinne erwirtschaften, aber Herr Otto solle endlich zur Kenntnis nehmen, dass diejenigen, die in den letzten Jahren immer wieder für Anteilsverkäufe der Holding gesprochen haben, immer im Auge hatten, dass dieser Verbund erhalten bleiben soll. Es gebe ganz konkret immer wieder die Beteiligung von Consultingunternehmen, die nicht kaufen wollen, sondern die Beratung mitgetan haben und die kommen aus der Wirtschaft und sie haben viele solche Privatisierungen begleitet. Man hat mit der Dessauer Wirtschaft sehr wohl gesprochen und die haben genau das gesagt, es gebe Dessauer Unternehmen, die selbst bereit sind, die sich selbst zusammenfinden wollen, um sich an den Dessauer Betrieben, Stadtwerken zu beteiligen, aber die aus Dessau kommen und hier für Dessau investieren wollen. Ohne das Kapital dieser Stadt werde man die sozialen Leistungen streichen müssen. Privates Kapital in einen Betrieb

hinein zu geben und dafür öffentliches Kapital heraus zu nehmen, bedeute eben nicht, dem Betrieb Kapital zu entziehen.

Oberbürgermeister Koschig erklärte, da die Verwaltung keinen Auftrag hatte und hat, über Anteilsverkäufe und dergleichen zu verhandeln, habe auch die Firma Rödl+Partner nicht einen solchen Auftrag bekommen, weshalb die Firma Rödl+Partner alle die Fragen nicht beantworten, die Herr Otto gestellt hat, sondern hier werde über die Angelegenheit spekuliert. So lange der Stadtrat nicht einen Beschluss fasst, darüber konkret in Verhandlung zu gehen, müsse alles auch Spekulation bleiben.

Zur Beschlussvorlage zurückkehrend, verwies Herr Koschig auf das Bürgerbegehren. Der Stadtrat habe über die Zulässigkeit einen Beschluss zu fassen, die Verwaltung hat ordnungsgemäß geprüft und schlägt vor, das Bürgerbegehren als unzulässig festzustellen. Es gab eine Bewertung aller Kriterien, wo es auch unterschiedliche juristische Bewertungen gibt, z. B. was die Heilung der Unterschriften betrifft. Daraus sehe man, dass die Verwaltung hier sehr offen und den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt entgegenkommend auch geprüft hat. Trotzdem sei man unter Erwägung aller Aspekte zu dem Schluss gekommen, dass das Bürgerbegehren unzulässig ist.

Er habe im Amtsblatt seine eigene Meinung dargestellt, sei seiner politischen Heimat gemäß, einer Basis der demokratischen Organisation, immer dafür, den Bürger zu beteiligen, ihn heranzuziehen. Die Stadtverwaltung ist als ein Organ, neben dem des Stadtrates, dazu da, den Stadträten in allen Angelegenheiten zur Seite zu stehen. Das Bürgerbegehren ist ein demokratisches Grundrecht, das in der Kommunalverfassung unseres Landes fest verbriefte ist. Er bedauere zutiefst, dass die Initiatoren des Bürgerbegehrens nicht den Weg zu ihm gefunden haben, zu unserem Rechtsamt, zur Verwaltung dieser Stadt, die für die Bürgerinnen und Bürger da ist. Dann müsse man heute nicht feststellen, dass das Bürgerbegehren unzulässig ist, denn man hätte den entsprechenden Rat geben können, die entsprechende Unterstützung, u. a. ihr dürft nur max. 3 Unterstützungsunterschriften geben und müsst einen Finanzierungsvorschlag bringen. Alle diese Tipps und Ratschläge hätten wir pflichtgemäß gegeben.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bemerkte, er finde es nicht gut, dass diese Diskussion Geister wecke, die man nicht gebrauchen könne. Es sei nicht an der Tagesordnung etwas zu veräußern, es stehe auch nicht fest, was und in welcher Form konkret. Damit rede man eine Situation schlecht und mögliche Ergebnisse obendrein. Er habe bisher vermieden, Polemik um die Diskussion des Bürgerbegehrens zu führen, was er auch in Zukunft nicht tun werde. Die Feststellung, man hätte schlauer sein können, wenn man die Verwaltung gefragt hätte, sei nicht der Fall. Er kenne den Wortbeitrag des Oberbürgermeisters im Stadtrat zum Bürgerbegehren und auch den Artikel im Amtsblatt, wo ausdrücklich geraten wurde, das Begehren nicht zu unterstützen. Es bestehe ein Vertrauensproblem. Er sei trotzdem dankbar, dass die Fachämter und die entsprechenden Bereiche, wie Wahlamt und Rechtsamt, uns in dieser Richtung begleitet haben. Er sehe das hier als wohlwollende Begleitung.

Die Vorlage wurde abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 16:22:03

8.15 Erhalt der Beteiligungen an kommunalen Unternehmen (Bürgerbegehren) **Vorlage: DR/BV/459/2008/PD/NF**

Zunächst erklärte **Oberbürgermeister Koschig**, warum er gegen diese Vorlage stimmen werde. Es sei natürlich das gute Recht des Stadtrates, sich dem Anliegen dieser Bürgerinnen und Bürger anzuschließen und mehrheitlich diesen Beschluss zu fassen. Wenn man ihn fasse, müsse man den Bürgerinnen und Bürgern auch klarlegen, dass man sich mit allen Konsequenzen dieses Beschlusses auseinandergesetzt habe und warum es gut ist, genau diesen Beschluss jetzt zu dieser Zeit gefasst zu haben. Dieses gehe aus der Begründung nicht hervor und ist in keinem Gremium in der Intensität diskutiert worden, wie er sich das wünsche und wie er es gegenüber unserer Bürgerschaft auch verantworten müsse. Er wünsche, dass diese Diskussion und die dazugehörigen Untersuchungen auch noch geführt werden.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 23:17:00

8.16 Gründung eines Eigenbetriebes zum Betrieb der Kindertageseinrichtungen der Stadt Dessau-Roßlau **Vorlage: DR/BV/397/2008/V**

Das sei die Schlussfolgerung und Fortsetzung dessen, was vor gut einem halben Jahr im Hauptausschuss im Ergebnis der Untersuchung für die weitere Vorgehensweise vorgelegt wurde, erläuterte **Herr Wolfram, stellv. Dezernent für Gesundheit und Soziales**. Der Stadtrat soll jetzt so eingebunden werden, wie es ihm gebührt. Es sei eine Betrachtung über die Möglichkeiten zur Gründung eines Eigenbetriebes für die Kindertagesstätten. Dabei soll nicht der in der Stadt Dessau gefasste Beschluss der Übertragung an die freien Träger ausgehebelt werden. Der Sachstand der letzten Woche ist, dass es eine Kindertagesstätte gibt, die mit einem weiteren freien Träger im Gespräch ist und umgekehrt. Sollte es optimal laufen, werde es so etwas geben.

Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, legte dar, mit dem Beschluss vollziehe man eine Rolle rückwärts zu dem, was im November 2006 beschlossen wurde. Die Diskussion, dass durch die Eingemeindung von Rodleben bestimmte Sonderregelungen bestanden, habe damals schon den Stadtrat beschäftigt. Damals hatte Herr Giese-Rehm die Aussage gefordert, wer beim Scheitern des Verfahrens dafür die persönliche Verantwortung übernimmt. Diese Frage wolle er heute wiederholen, denn es war ein zentraler Punkt, weswegen die Übertragung jetzt an die freien Träger gestoppt wurde. Er finde es bedauerlich, dass dieser Prozess jetzt soweit gekommen ist, weshalb er gegen diese Vorlage stimmen werde. Es sei die falsche Entwicklung und die Probleme werden damit nicht gelöst, sondern man schiebe sie auf andere Schultern.

Er wolle das Gegenteil von dem, was Herr Dr. Schmidt sagte, behaupten, erklärte **Herr Schöнемann, Fraktion Die Linke**. Man komme in Handlungsspielräume und in Vollmachten zurück, die uns zukunftsbestimmt dieses Thema auf den Weg bringen lassen. Man sei nicht handlungsunfähig. Es habe sich gezeigt, dass der Prozess, wie man ihn wollte, nicht mehrheitsfähig ist und nicht trägt, weder von Eltern, noch vom Personal. D. h. man habe in Zukunft die Option, die Dinge vernünftig zu regeln und zu lösen. Diese Chance, das über einen Eigenbetrieb zu tun und damit auch Pluralität herzustellen,

wie sie seitens der Linkspartei schon lange angemahnt wurde, stimme ihn zuversichtlich. Diesen Prozess wolle er genauso konstruktiv begleiten. Insofern sehe er es nicht als Niederlage. Manchmal sei, auf einem Weg ein Stückchen zurück zu gehen und neu anzufangen, besser, als Dinge zu vollziehen, die uns anschließend auf die Füße fallen.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 25:14:01

- 8.17 Erhöhung der Eintrittspreise in den Meisterhäusern
um 2,50 € ab 1.10.2010
Vorlage: DR/BV/048/2008/V-41**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 25:09:06

- 8.18 Fortschreibung der Bibliothekskonzeption Anhaltische Landesbücherei
Dessau 2008 bis 2015
Vorlage: DR/BV/356/2008/V-41**

Die Vorlage wurde zurückgezogen.

- 8.19 "Richtlinie zur Förderung der Verbände der freien Wohlfahrtspflege,
gemeinnütziger Vereine und Selbsthilfegruppen im Sozialbereich der
Stadt Dessau-Roßlau"
Vorlage: DR/BV/327/2008/V-50**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

- 8.20 Satzung des Jugendamtes der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/346/2008/V-51**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

- 8.21 Abwägung der im Rahmen des Bauleitplanverfahrens zum
B-Plan Nr. 172 "Wohnanlage Wilhelm-Feuerherdt-Straße"
eingegangenen Stellungnahmen
Vorlage: DR/BV/419/2008/VI-61**

Einführend bat **Herr BM Gröger** um Nachsicht, wenn der Plan wie bei Herrn Tonndorf nicht allen richtig vorliege, was mehrheitlich nicht der Fall sein dürfte. Hierzu merkte **Herr Tonndorf, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM**, an, bei keinem Mitglied seiner Fraktion war das Blatt vorhanden. Er mahnte an, beim Kopieren sorgsamer damit umzugehen.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 38:00:02

8.22 **Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 214 "Kristallpalast" in Dessau-Roßlau** **Vorlage: DR/BV/441/2008/VI-61**

Herr BM Gröger merkte an, er würde Erläuterungen auf Anfrage geben, da mit der im nächsten Tagesordnungspunkt folgenden Vorlage, nämlich die dazu verhängte Veränderungssperre, wichtige städtebauliche Ziele erreicht sind. Ansonsten würde er im nichtöffentlichen Teil weitere Ausführungen machen.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM, führte aus, wenn ein Teil öffentlich und ein Teil nichtöffentlich verhandelt wird, wisse er nicht, wo er jetzt reden soll, weil seine Fragen vielleicht auch im nichtöffentlichen Teil beantwortet werden müssten. Grundsätzlich sei er nicht gegen den Kristallpalast, ganz im Gegenteil, aber nicht um jeden Preis. Er wolle die Stadt vor Schaden bewahren. Er habe durch die Bauantragsteller erfahren, dass der Bauantrag noch nicht abschlägig beschieden wurde. In den Unterlagen stehe aber, dass dies der Fall ist. Weiterhin fragte er nach, es gebe die Absicht, eine Bürgerstiftung zu gründen, aber es ist noch nicht einmal entschieden, welche Form der Bürgerstiftung gewählt wird. Es sei also noch nicht von Gründung die Rede, worauf er verweisen wolle. Abschließend fragte Herr Otto, ob der Bauantrag nun abschlägig beschieden ist und mit welchen Argumenten.

Bezüglich der Bürgerstiftung legte **Oberbürgermeister Koschig** dar, dass es zur Gründung einer solchen Bürgerstiftung kommen soll, wenn es eine Position des Stadtrates dazu gibt, also hier in Form eines Bebauungsplanaufstellungsbeschlusses. Dazu gibt es einen Termin mit dem Hauptinitiator für eine solche Bürgerstiftung. Man könne heute nichts Konkretes sagen und somit die Frage von Herrn Otto auch nicht beantworten.

Herr BM Gröger führte aus, da er jetzt kein Schreiben vorliegen habe, könne er nicht sagen, ob abgelehnt oder nicht. Es gebe aber einen Antrag, ob er nun abgelehnt wurde oder nicht, dass am Standort des Kristallpalastes eine Einzelhandelseinrichtung in Form eines Discounters mit einem aufliegenden 2. Geschoss zur Unterbringung von Büroräumen errichtet werden soll. Bei Eigentumsverfügbarkeit habe, auch nach einer Ablehnung durch die Stadt, der Eigentümer das Recht, einen solchen Standort einzuklagen. Deshalb wolle man vorsorglich einen Bebauungsplan vorlegen, damit die städtebauliche Zielstellung, an dieser Stelle keinen Discounter zu errichten, erreicht wird, um letztendlich mit einer Veränderungssperre das rechtlich sauber zu machen, mit oder ohne Ablehnung. Der Antragsteller habe jeder Zeit die Möglichkeit, gegen eine Ablehnung in Widerspruch zu gehen, weil er kleiner baut als Sondergebiet und ist damit nicht bauleitplanungspflichtig. Insofern sei das eine Vorsorge, eine Möglichkeit von vielen Dingen, um den Standort zu erhalten.

Seine Ausführungen präzisierend, wandte sich **Herr Otto** an Herrn Westhagemann und fragte, ob, wenn dieser Bauantrag schon seit Monaten in der Verwaltung vorliegt, ob daraus eine Schadenersatzklage entstehen könne, wenn man jetzt eine Veränderungssperre mache. Er würde den Kristallpalast gerne abreißen. Er sage deutlich, dass hinter den Kulissen viele Gespräche geführt worden sind und dass der Antragsteller sagt, er hält Ruhe und ist bereit, nur habe er Preisvorstellungen, die würden an dem Standort ein Vorhaben nicht realisieren lassen. Wenn man sich preislich mit ihm nicht einigen kann, ist ihm am Ende ein ordentliches Gebäude, auch mit einem Lebensmittelmarkt als Belebung für die Zerbster Straße und als Beseitigung des städtebaulichen Missstandes lieber, als gar nichts, als eine Klage gegen die Stadt, weil man ein Tagungs- und Veranstaltungszentrum auch noch an zwei anderen Orten in der Stadt als durchaus interessant und realisierbar sehen würde, wo man finanziell auch weniger in die Hand nehmen muss, um erst einmal in den Besitz der Fläche zu gelangen. Die Frage sei aber, ob daraus ein Schaden entstehen kann, wenn nicht, könne man eine Veränderungssperre machen, um alle Optionen zu haben.

Herr Kolze, CDU-Fraktion, betonte, die Verwaltung ist an den Grundsätzen Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes gebunden. Das bedeute im Umkehrschluss, der Antragsteller habe zum Zeitpunkt x einen Antrag gestellt. Ob uns das, was er dort machen möchte gefällt oder nicht, darf bei der Prüfung des Antrages keine Rolle spielen. Das bedeutet, er hat ein Recht darauf, dass ein Antrag nach der Rechtslage geprüft wird, die zum Zeitpunkt der Antragstellung bestanden hat. Ein nachträgliches Ändern der Rechtslage und diesen Antrag dahingehend zu prüfen, um dann ablehnen zu können, werde unweigerlich eine Regressforderung gegen die Stadt Dessau-Roßlau nach sich ziehen, wovor er nachdrücklich warne.

Hierauf entgegnete **Frau Jahn, Leiterin des Amtes 62**, es gebe inzwischen Rechtssprechungen, die dem, was Herr Kolze gesagt hat, nicht mehr ganz folgen.

Herr Dr. Exner bat **Herrn Westhagemann** um Ausführungen. Der **Leiter des Rechtsamtes** legte dar, er könne nicht ganz der Rechtsauffassung von Herrn Kolze zustimmen. Fakt sei, dafür gebe es Rechtssprechung, dass es nicht auf den Zeitpunkt der Antragstellung ankommt. D. h.. es ist durchaus möglich und auch üblich, dass eine Kommune eine abwehrende Planung auf den Weg bringt, die quasi eingeleitet worden ist durch einen Bauantrag. Das passiere andauernd. Eine Gefahr könne dann bestehen, wenn die Bescheidung eines Bauantrages willkürlich verzögert würde, bis man dann irgendwann einen Bebauungsplan aufstellt oder eine Veränderungssperre beschließt. Wenn das so ist, habe man in der Tat ein Risiko, d. h. dann könnten auch Schadenersatzansprüche auf eine Stadt zukommen. Auf Nachfrage von Herrn Dr. Exner bestätigte Herr Westhagemann, dass das bei der gegenwärtigen Lage nicht der Fall sei.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, erklärte, in der Sache selbst sei man sich einig, dass die Planungshoheit nach wie vor bei der Stadt bleibt, insbesondere bei diesen umstrittenen Projekten. Insofern ist das rechtlich belastbar. Die Art und Weise, wie man das diskutierte, sei für ihn ein Problem. Wenn man wirklich ein unmittelbares Interesse an diesem Projekt habe, sollte man das tunlichst nicht mehr in der Öffentlichkeit diskutieren, denn jedes Interesse signalisiert Wertschöpfung. Dann könne es sich der entsprechende Eigentümer überlegen, wenn er der Meinung ist, er könne durchaus noch mehr herausholen. Aus diesem Grunde gehöre das in den nichtöffentlichen Teil.

Das von Herrn Schönemann Gesagte war seine Intention, warum er dieses Thema aufgrund des laufenden Schriftverkehrs nicht öffentlich diskutieren wollte, legte **BM Gröger** dar. Man wolle nämlich einer langen Absicht folgend, an diesem historisch bedeutsamen Standort in dieser Stadt eine Entwicklung auf den Weg bringen, selbst wenn es nur eine kleine Unsicherheit gibt, wer ist schon heute vor Klagen sicher und weiß schon, wie sie ausgehen. Man erlebe es täglich, wie so etwas ausgehen kann. Man müsse aber den Mut haben, einen solchen Schlüsselstandort, wie den Kristallpalast, für die städtische Entwicklung sicher zu stellen. Genau diese Diskussion wollte er vermeiden, um nicht in der Öffentlichkeit Argumente und Standpunkte freizugeben, dass die Verwaltung angreifbar ist. Diese Stadt sei gut beraten den Weg, den die Verwaltung eingeschlagen hat, auch mit einem möglichen Restrisiko, mitzugehen, weil der 2. Weg, nämlich auf einer Verhandlungsbasis dennoch an das Grundstück heranzukommen, damit nicht verbaut sei. Nur mit dem Aufstellungsbeschluss werden wir schon wieder unter Druck gesetzt, indem erst gesagt worden ist, ein bestimmter Betrag, den wir nicht bereit sind zu zahlen, wir haben ein ganz faires Angebot gemacht, wie wir an dieses Grundstück herankommen, so wie wir immer im Zweifelsfall öffentlich rechtliche Geschäfte abgeschlossen haben, nämlich über das Gutachterverfahren, über einen Gutachterausschuss, zu einem soliden Preis zu kommen. Das sei im Wesentlichen auch mit der Dessauer Wirtschaft so abgestimmt worden, oder zumindest mit denen, die sich für eine solche Stiftung interessieren. Wir sollten jetzt den Mut haben, damit wir dieses Schlüsselgrundstück nicht der weiteren Spekulation überlassen. Die Ergebnisse, die man heute in Hirtenhau habe, seien im Zusammenhang mit diesem

Grundstück zu sehen. An diesem Punkt müsse man sich auch einmal so verständigen, diesen Weg zu gehen, den 2. Weg offen zu lassen und über einen 3. Weg, darüber würde er im nichtöffentlichen Teil informieren, dieses wichtige Grundstück für eine mögliche Stiftung offen zu halten.

Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, gab die Empfehlung, beide Vorlagen, die auch im Bauausschuss einstimmig beschlossen wurden, zu bestätigen. Die Stadt habe die Planungshoheit, welche man an der Stelle auch wahrnehmen sollte. Dass das ein städtebaulicher Missstand ist, dass es nicht ganz risikolos ist, sei allen bewusst. Man treffe heute aber nicht die Entscheidung, ob man Risiken eingehen wolle, sondern man entscheide, was man an dieser Stelle will. Dafür sei die Planungshoheit der Kommunen eingerichtet worden, was ein hohes Gut sei.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 33:04:03

8.23 Satzung über die Veränderungssperre für den Bebauungsplan Nr. 214 "Kristallpalast"

Vorlage: DR/BV/442/2008/VI-61

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 33:04:03

8.24 Satzung der Stadt Dessau-Roßlau über die Erhebung von Straßenaus- baubeiträgen (Straßenausbaubeitragssatzung)

Vorlage: DR/BV/026/2008/VI-60

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:12:01

8.25 Stadt Dessau-Roßlau gegen ausbeuterische Kinderarbeit

Vorlage: DR/BV/504/2008/CDU

- abgesetzt -

-

Der öffentliche Teil wurde beendet und Nichtöffentlichkeit hergestellt.

11. Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde beendet.

Dessau-Roßlau, 22.12.20

Dr. Stefan Exner
Vorsitzender Stadtrat

E. Baumer
Schriftführerin